

HUNDE In Grossaffoltern haben drei Huskys ein Schaf lebensgefährlich verletzt. Ein Fall für den Tierarzt, die Polizei und die Gerichte. Seite 23

PLATZNOT In Köniz ist der S so knapp, dass Arbeiten im C – der Missstand soll behoben

Grosser Rat für Zwangsfusionen

In speziellen Fällen möchte der Grosse Rat **Gemeindefusionen** auch gegen den Willen kleiner Gemeinden durchsetzen

Nur die SVP widersetzte sich, teilweise unterstützt von den bernjurassischen Autonomisten. Eine überwiegende Grossratsmehrheit aber möchte die Bestandesgarantie lockern und Kleingemeinden zum Zusammenschluss zwingen können.

STEFAN WYLER

Mehrere Tage lang hat der Berner Grosse Rat nun den Regierungsbericht über den Finanz- und Lastenausgleich zwischen den Gemeinden beraten – und die Grossräte waren sich in vielem einig. Es gelte das System zu verbessern, Fehlansätze zu beseitigen, die Eigenverantwortung der Gemeinden zu stärken. Ein letzter Diskussionspunkt aber sorgte gestern noch einmal für eine kontroverse Debatte – auch wenn deren Ausgang rasch klar war.

Es ging um die heikle Frage, ob Gemeinden notfalls auch gegen ihren Willen gezwungen werden können, eine Gemeindefusion einzugehen. Heute werden Fusionen zwar mit dem Fusionsgesetz gefördert und subventioniert (siehe Kasten), eine Zwangsfusion aber ist unmöglich. Die Kantonsverfassung gibt den Gemeinden eine Bestandesgarantie und statuiert: «Die Aufhebung einer Gemeinde bedarf ihrer Zustimmung.»

Wenn Mehrheiten zustimmen

Die vorberatende Grossratskommission schlug nun dem Parlament eine Planungserklärung vor, mit der sie die Tür zur Abschaffung dieser Bestandesgarantie öffnet.

- Der Grosse Rat, so möchte es die Kommission, solle eine Fusion mit mehr als zwei Gemeinden «auch gegen den Willen einer einzelnen Gemeinde anordnen» können, wenn die Mehrheit der Gemeinden und Stimmberechtigten zustimmt. (Paradebeispiel für die Forderung ist die 2008 gescheiterte Fusion im bernjurassischen Bas-Vallon: Eine grosse Mehrheit der Gesamtbevölkerung und vier Gemeinden sagten damals Ja, zwei Gemeinden aber stimmten Nein).

- Der Grosse Rat soll zweitens eine Fusion auch anordnen können, «wenn eine Gemeinde allein nicht überlebensfähig ist».

- Finanzausgleichszahlungen sollen zudem gestrichen werden können, wenn eine Gemeinde eine



Widersacher im Gemeindefusionsstreit: **Bernhard Antener** (sp, links), **Peter Brand** (svp, rechts).



BEAT SCHWEIZER

Fusion nicht prüft oder ablehnt, obwohl sie dadurch ihre finanzielle Leistungsfähigkeit hätte verbessern können.

«Ein bisschen Druck»

SP, FDP, BDP, Grüne und EVP warben für die Planungserklärung. In Sachen Gemeindefusionen passiere heute zu wenig. Es gehe nun darum, «ein bisschen mehr Druck aufzusetzen», erklärten sie. Der Kommissionspräsident und Gemeindepräsident von Langnau, Bernhard Antener (sp), versuchte die Skeptiker zu beschwichtigen: Man stehe erst am Anfang eines Prozesses, am Ende brauche es eine Verfassungsänderung, bevor die Bestandesgarantie falle. Und: Er rede nicht gerne von «Zwangsfusionen», sagte Antener. Hier gehe es eher darum, «ein Korrektiv» zu schaffen, damit beispielsweise eine «sinnvolle» Fusion von fünf Gemeinden nicht am Widerstand einer einzigen scheitern könne.

FDP-Sprecherin Susanne Bommeli (Bremgarten) betonte, es sei keineswegs undemokratisch, gegen den Willen einer Gemeinde eine Fusion durchzusetzen, wenn eine Mehrheit der Stimmenden und eine Mehrheit

der Gemeinden die Fusion genehmigt habe. Auch der Regierungsrat befürwortete die Planungserklärung: Es gehe nicht um «Fusionserzwingung im grossen Stil», sagte Finanzdirektor Urs Gasche (bdp), es

gehe nur darum, korrigieren zu können, wenn eine kleine Minderheit eine sinnvolle Fusion blockiere.

Das sah die SVP anders: Es stimme überhaupt nicht, dass im Bereich Gemeindefusion im Kanton

24 Fusionsprojekte

Der Kanton Bern zählt derzeit noch 392 Gemeinden, 207 Gemeinden weisen weniger als 1000 Einwohner auf. Im interkantonalen Vergleich ist Bern ein Kanton mit sehr vielen Gemeinden und mit sehr vielen kleinen Gemeinden – eine ähnlich kleinräumige Gemeindefusion hat nur noch der Kanton Waadt (375 Gemeinden, 277 Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern).

2003 verkündete der damalige Justizdirektor Werner Luginbühl das ehrgeizige Ziel, die Zahl der Gemeinden im Kanton Bern von damals 400 auf 300 zu senken. Der Grosse Rat verabschiedete in der Folge ein Gemeindefusionsgesetz, das finanzielle

Anreize für Fusionen schafft. Seit 2004 haben sieben Gemeindefusionen stattgefunden, vom Ziel von 300 Gemeinden aber ist man noch weit entfernt.

Ein Tabuthema jedoch sind Gemeindefusionen nicht mehr. Zwei weitere Fusionen sind bereits beschlossen: 2010 werden sich Aeschlen und Oberdiessbach zusammenschliessen, ebenso Jegenstorf und Ballmoos. An weiteren 24 Fusionsprojekten mit 109 involvierten Gemeinden wird gearbeitet. Darunter befinden sich fünf Grossprojekte mit über 10 beteiligten Gemeinden – etwa im Zulgtal, im Thuner Westamt, in den Regionen Moutier und Tramelan und im Amt Büren. (sw)

Bern nichts laufe, erklärte Fraktionschef Peter Brand (Münchenbuchsee). Projekte mit über 100 Gemeinden würden derzeit verfolgt. «Es braucht keinen Zwang», sagte Brand. Das Anreizsystem des Fusionsgesetzes sei genügend. Und: Aus Sicht der betroffenen Gemeinde, die gegen ihre Willensäußerung zur Fusion gezwungen werde, sei eine Zwangsfusion halt doch undemokratisch – auch wenn eine Mehrheit der Gemeinden und Stimmenden zustimme.

Autonomistische Bedenken

Die jurassischen Autonomisten wehrten sich nur gegen den ersten Punkt der Erklärung: Wenn Gemeinden befürchten müssten, später zur Fusion gezwungen zu werden, würden sie sich weniger leicht auf Fusionsprojekte einlassen, warnte Maxime Zuber (psa), der Stadtpräsident von Moutier.

Der Grosse Rat aber überwies die Planungserklärung mit 109 gegen 37 Stimmen. Nur SVP, EDU und Autonomisten stimmten Nein. Die Regierung muss nun eine Verfassungsänderung ausarbeiten. Und über diese wird am Ende das Volk abstimmen.